

## **Presseerklärung**

### **Richterbund wendet sich gegen Unterstellungen des Landesrechnungshofs; Zuweisungen der Geldbußen sind nicht zu beanstanden**

Der Deutsche Richterbund - NRW - wendet sich entschieden gegen die jetzt öffentlich gewordene Rüge des Landesrechnungshofs zur Verteilung der von der Justiz eingenommenen Geldbußen. Die Richter und Staatsanwälte gehen sehr sorgsam mit den in Ermittlungs- und Strafverfahren erteilten Geldauflagen um. Wenige Zweifelsfälle, denen selbstverständlich nachgegangen wird, können nicht zum Anlass genommen werden, nun das funktionierende System, in dem pro Jahr rd. 50 Mio. EUR verteilt werden, insgesamt in Frage zu stellen. Mit der dürren Aufzählung dieser Fälle möchte der Landesrechnungshof auch nur das kaschieren, worum es ihm im Wesentlichen geht: Die Ausbootung der kleinen örtlichen Vereine, um die Staatseinnahmen zu verbessern.

Im Übrigen glaubt wohl niemand ernsthaft daran, dass ein von der Politik gesteuertes Gremium zur Geldverteilung in einem Flächenland wie Nordrhein-Westfalen zu akzeptablen Ergebnissen kommen würde.

Der stellvertretende Landesvorsitzende des Deutschen Richterbundes - NRW -, OStA Schüler, hierzu:

"Der Staat hat sich seit Jahren aus der Förderung kleiner gemeinnütziger Vereine vor Ort zurückgezogen. Diese Lücke haben die Richter und Staatsanwälte bewusst mit der Zuweisung von Geldbußen geschlossen. Der Vorschlag des Landesrechnungshofs erinnert deshalb an einen schlechten Witz: Zunächst sollen die Richter und Staatsanwälte ihr Engagement zugunsten dieser Vereine mit ihrer Entmündigung bei der Geldverteilung büßen, weil das Geld dem Staat nun an anderer Stelle fehlt. Nachdem die Richter und Staatsanwälte herausgedrängt sind, möchten dann selbstverständlich die Politiker, also diejenigen, die die Zuschüsse für die örtlichen Vereine gekürzt haben, über die Geldverteilung entscheiden. Mit uns wird das nicht zu machen sein."

Bei weiteren Rückfragen wenden Sie sich bitte an: OStA Johannes Schüler 01722644773

*Der Deutsche Richterbund - Landesverband Nordrhein-Westfalen – ist mit über 3.000 Mitgliedern bei ca. 5.400 Richtern und Staatsanwälten im Land Nordrhein-Westfalen deren größter Berufsverband.*